

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DRAMATISCHE WOCHEN DER WELTPOLITIK

In der zweiten Oktoberhälfte spitzten sich in Amerika und in Asien Krisen in dramatischer Weise zu. Die Folgen dieser Wendung der Ereignisse sind noch nicht abzusehen, wenn auch die Grundkonstellationen gleich geblieben sind. In der *Kubakrise* traten sich Sowjetunion und USA schärfer denn je in den Jahren seit Kriegsende gegenüber. Im *Himalaja* brach mit dem Vormarsch der chinesischen Truppen ein eigentlicher Krieg zwischen Indien und der Chinesischen Volksrepublik aus, der Auswirkungen auf Nehrus Politik und das gesamte neutralistische Lager hat. Die Militärrevolte im südarabischen *Jemen* von Ende September weitet sich von Tag zu Tag mehr zu einem arabischen Bruderkrieg aus, in den Ägypten, Saudiarabien und Jordanien verwickelt sind.

Rückschlag für Chruschtschew in Kuba

In den dramatischen Tagen zwischen den 22. und 24. Oktober, zwischen der Proklamation der *selektiven Blockade* durch Kennedy und Chruschtschews Ankündigung vom *Rückzug der sowjetischen Raketen*, gab man die verschiedensten Thesen für das offensive Vorgehen Moskaus. Noch sind die Hintergründe ungeklärt, aber die Motive für Chruschtschews Versuch, Kuba in großer Eile in eine Offensivbasis gegen den nordamerikanischen Kontinent umzuwandeln, werden doch deutlich. Mit dem forcierten Aufbau eines Stützpunktes konnte einerseits ein *Tauschobjekt* geschaffen werden, vielleicht für die westlichen Basen in der Türkei und in Griechenland, vor allem aber für Berlin, wo alle bilateralen Sondierungen zu keinem Abzug der Garnisonen aus Westberlin geführt hat-

ten. Darüber hinaus aber leitete Moskau ein Abenteuer *direkter militärischer Herausforderung* ein.

Für Kennedy stand nicht nur die Sicherheit der USA auf dem Spiele, deren Verteidigungssystem gegen Süden offen ist. Der Einbruch der Roten Armee in die westliche Hemisphäre hätte das *prekäre strategische Gleichgewicht* zwischen West und Ost in bedrohlicher Weise gestört. Ebenso entscheidend wären die politischen Folgen gewesen. Allein schon die amerikanischen Wahlen vom 6. 11. mußten Kennedy zur Aktion zwingen, denn die amerikanische Öffentlichkeit ist in wachsendem Maße von dem aggressiven kommunistischen Regime auf Kuba beunruhigt. Ein Zögern hätte die Wahloffenheiten verringert, die sich dann weitgehend erfüllten. Freilich darf der Anlaß der Wahlen nicht ausschließlich als Ursache für die Aktion überhaupt betrachtet werden; Moskau seinerseits war der Illusion erlegen, daß eine Wahlkampagne Washington handlungsunfähig mache. Schließlich stand auch die Führerschaft Washingtons in der freien Welt auf dem Spiele. Der Eindruck, den Kennedys energische Gegenaktion in Westeuropa, aber auch auf die lateinamerikanischen Regierungen machte, bestätigte die Richtigkeit seiner Maßnahmen.

Chruschtschew war nach dem Wiener Treffen vom Mai 1961 überzeugt, daß er den jungen Kennedy überspielen könne. Die unentschlossene und wirkungslose westliche Reaktion auf die Abtrennung Ostberlins durch die Mauer schien dem Diktator recht zu geben. So kam es zur *Feblkalkulation* in Kuba. Das Vabanquespiel war zu weit getrieben worden. Nur der Rückzug blieb, nachdem Washington prompt Gegenmaß-

nahmen getroffen, zugleich aber in den UN eine diplomatische Demarche eingeleitet hatte. Der Spieler hatte sich verrechnet, stellte aber seine Niederlage als Beitrag an den Weltfrieden dar und versucht nun nachträglich bei der langwierigen Liquidierung der offensiven Basis sein Ziel noch teilweise zu erreichen. Dabei hat Chruschtschew Schwierigkeiten mit seinem Verbündeten *Fidel Castro*, der nicht in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen eingeschaltet und so wie der Chef eines osteuropäischen Satelliten, ja wie einer Sowjetrepublik behandelt worden war. Er will nicht das Opfer eines west-östlichen Kompromisses werden.

Moskau hat durch seine Schachzüge um Kuba in der Weltöffentlichkeit erheblichen *Prestigeverlust* erlitten, vor allem auch in Lateinamerika, wo man zwar einen Flirt mit Moskau auf Distanz nicht unbedingt ablehnt, dagegen vor Raketenrampen und Bombern unter Sowjetkommando in der eigenen Hemisphäre zurückschreckt. Der Kubakonflikt erhöht zudem die Spannungen innerhalb des Ostblocks. Peking wirft in Übereinstimmung mit seinem intransigenten Kurs Moskau schwächliches Verhalten vor. Der Abzug demonstriert, wie wenig Verlaß auf die Hilfe und Unterstützung Moskaus sei!

Die Kontrolle der Blockade Kubas wirkte sich indirekt auf die Schweiz aus, indem auf einen Appell U Thants hin das *Internationale Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) in die Inspektion der Schiffe eingeschaltet werden sollte, und zwar unter der Ägide der UN, ohne dabei selbst die Verantwortung zu tragen. Viele besonnene Kommentatoren warnen vor einer solchen Ausweitung der Aufgaben des IKRK: ihm komme die Aufgabe des Samariters, nicht des Polizisten zu; die Organisation drohe damit aus dem Humanitären ins Politische abzugleiten. Inzwischen hat die Kontrolle der Schifffahrt bereits viel von ihrer Dringlichkeit verloren.

Überfall auf Indien im Himalaja

In der zweiten Oktoberhälfte ist Südostasien in den Schatten eines kriegerischen Konflikts geraten. Die *massive Offensive der Chinesen* im

Osten und Westen des Himalaja zwingt das neutralistische Indien zur Mobilisierung seiner Abwehrkräfte und scheint auch eine außenpolitische Neuorientierung nach sich zu ziehen. Nehru erklärte in einer selbstkritischen Äußerung, daß er den «Kontakt mit den Realitäten» verloren gehabt habe. Opfer dieser Selbstkritik, das aber erst nach zahllosen Demarchen geleistet wurde, war Verteidigungsminister *Krishna Menon*, der nicht nur für die Ostorientierung der Außenpolitik, sondern auch für die miserable militärische Vorbereitung Indiens große Verantwortung trägt und dessen Demission darum unerlässlich war. Die patriotische Grundwelle in Indien, die durch die Aggression Chinas an der Nordgrenze ausgelöst wurde, mußte diesen Freund und Ratgeber — für viele der «böse Geist» — Nehrus wegschleppen. Die Ratschläge, daß der pakistanische Nachbar viel gefährlicher sei als der chinesische, werden in blutiger Weise Lügen gestraft. Die westlichen Bündnispartner Pakistans haben freilich Mühe, es angesichts der Waffenlieferungen nach Indien zu beruhigen — die heikle Kaschmirfrage löst sich nicht von selber.

Die Bündnisfreiheit als *unbewaffneter Neutralismus*, das Gegenbild zur bewaffneten Neutralität, wie sie die Schweiz kennt, erleidet in Indien Schiffbruch. Gleichzeitig löst sich jenes neutralistische Lager auf, das sich auf den Geist der Konferenz von Bandung beruft. Tito, Nkrumah, Sukarno und andere Exponenten der «dritten Kraft» hüllten sich angesichts der Appelle Nehrus in Schweigen, andere gaben sich zu diplomatischen Handlangern Pekings her, während immerhin Tunku Rahman von Malaya und Makarios von Zypern Indien ihre Hilfe zusagten.

Enttäuschung über Moskau

Nehru ist von *Moskau* enttäuscht, das er in den letzten Jahren mit immer größerer Zuverlässigkeit behandelt hatte, um einen mächtigen Fürsprecher in Peking zu gewinnen. Am 25. 10. übernahmen «Prawda» und «Iswestija» die chinesischen Thesen vom Krieg im Himalaja. Spätere Äußerungen,

wie das Versprechen, die früher vertraglich zugesagten Mig-Düsenjäger zu liefern, tön-ten wieder günstiger für Indien. Aber der neutralistische Zickzackkurs, den Chruschtschew zwischen Peking und Delhi zu führen versucht, ist viel stärker an den großen kommunistischen Bruder als an den indischen Premier gebunden. Jene Staaten, die von Nehru um ihres Systems und ihrer Politik willen oft scharf kritisiert wurden, leisten heute seinem Lande die unentbehrliche Waf-fenhilfe. Für Moskau mag man freilich er-läuternd beifügen: die *Spannungen innerhalb des Weltkommunismus* sind so stark, daß Moskau eine Zerreißprobe im internationalen Kom-munismus riskieren würde, wenn es um der Sympathien bei den Neutralisten willen Indien unterstützen wollte. Auch darin lebte Nehru in außenpolitischen Illusionen: Chruschtschew muß in seinem Dilemma, falls er wirklich in einem Dilemma steckt, auch jene Investitionen wirtschaftlicher und poli-tischer Art preisgeben, die er seit Mitte der fünfziger Jahre in Indien und in anderen Ländern Südostasiens gemacht hatte, und vor allem ein Auskommen mit dem mächtigen Bruder und Nachbarn im Rücken finden. Andererseits lassen die letzten Ereignisse er-kennen, daß auch China nicht völlig unbekümmert um Moskau seine Offensive wei-terführen kann. Peking schritt zur Agression, als Moskau Kuba in einen militärischen Vor-posten zu verwandeln begann und dort eben-so voll engagiert war wie die USA. Da nun Chruschtschew sich aus Zentralamerika zu-rückzieht, scheint auch Mao im Himalaja im Augenblick wieder einlenken zu wollen.

Arabischer Bruderkrieg in Jemen

In Südarabien hat sich in den letzten Wochen eine Militärrevolte zu einer Krise ausge-wachsen, die über die Region hinaus auf die Weltpolitik wirkt. Die Rebellion jemeniti-scher Offiziere unter Oberst *Sallal* gegen den neuen Iman führte zur Intervention *Saudi-*

arabiens und *Ägyptens*, und auch *Jordanien* schaltete sich ein. Im Kampf zwischen den konservativen Kräften, die sich um den Imam scharen und die von König Saud un-terstützt werden, und sozialrevolutionären Elementen, die von Nasser inspiriert sind, geht es mehr um die Macht als um Reaktion und Revolution. Je mehr sich der ehrgeizige Nasser einschaltet, um so offensichtlicher wird dieser Kampf um die Führung aller Araber. Die panarabische Verbrüderung ist ferner denn je.

Das von Kämpfen erfüllte Jemen könnte zu einem neuen mittelöstlichen *Zankapfel der Großmächte* werden, wenn der Ostblock seine Hilfe an die Revolutionäre intensiviert. Großbritannien dagegen ist wegen seiner Verpflichtungen den bisherigen Machtha-bern gegenüber in einer schwierigen Lage. Die *Intervention ägyptischer Einheiten* scheint, so weit die widersprüchlichen Berichte aus dem Wüsten- und Bergland Auskunft geben, den jemenitischen Offizieren nicht nur Nut-zen zu bringen: einzelne Stämme haben sich entschieden gegen die fremden Eindring-linge aus der VAR gestellt, die sich bereits als Herren des Landes gebärden.

Westeuropa

Das ruhige, prosperierende Westeuropa nimmt einen bescheidenen Platz in der Welt-chronik des letzten Monats in Anspruch: In den *französischen Wahlen* ist der gaullisti-sche Vormarsch, der Abschied vom Parteien-regime der Vierten Republik bestätigt wor-den. In den *Nationalratswahlen in Österreich* machte die Volkspartei Fortschritte, ohne daß der Rückschlag der Sozialisten die Wei-terführung der Koalition in Frage stellen würde. In der *Deutschen Bundesrepublik* steht dagegen die Koalition erneut in Frage, und zwar wegen der Affäre um das umstrittene Nachrichtenmagazin *Spiegel*, die sich stellen-weise zu einer eigentlichen Vertrauenskrise auszuwachsen droht.

Picus

FRANKREICH NACH DEM REFERENDUM

Auf dem Wege des Referendums hatten sich die Franzosen über eine Scheinfrage zu äußern, die in Wirklichkeit zwei Fragen enthielt, welche geschickt oder ungeschickt miteinander verquickt waren. Dem Text nach hatte der Wähler zu sagen, ob er einverstanden sei mit der Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk statt durch ein auf ungefähr achtzigtausend Honoratioren beschränktes Wahlmännerkollegium. In Tat und Wahrheit war er jedoch einfach aufgerufen, General de Gaulle sein Vertrauen zu erneuern. Dieses doppelte Gesicht des Urnengangs erfordert einen Kommentar.

Zunächst dies eine: de Gaulle und niemand anderer war es, der das Referendum gewollt hat. Man weiß, daß es selbst in seiner Umgebung einige als unnötig und gefährlich beurteilt hatten. Durch die Vermengung eines an sich berechtigten legislativen Aktes mit einer plebiszitären Demonstration ist nicht mit Sicherheit bewiesen, daß der Staatschef schließlich bekommen hat, was er wünschte. Wie Senator Barrachin richtig sagte, hat de Gaulle zwar das Referendum gewonnen, das Plebiszit jedoch verloren, denn wenn ihm auch 62,25% der Abstimmenden ihr Ja gaben und nur 37,75% ihr Nein, so stellen die Ja, angesichts der großen Zahl von Stimmenthaltungen oder ungültigen Stimmen, nur 46,44% aller Stimmbürger dar. Ein relativer Erfolg, der dem Staatschef schließlich nur eine unsichere Mehrheit gibt, da die kommenden Wahlen, infolge der vermutlichen Ungnade der UNR, eine Abnahme der gaullistischen Stimmen erwarten lassen. Es wäre daher müßig, im Abstimmungsergebnis vom 28. Oktober den strahlenden Sieg erkennen zu wollen, den die Regierung erhofft hatte. Der Beweis ist erbracht, daß der Appell an das Volk, die trügerische Zuflucht aller Diktaturen, in Wirklichkeit das Verfahren einer vom Zufall abhängigen Regierung ist, deren Allmacht über Staatsfernsehen und Staatsrundfunk heute den Erfolg nicht mehr gewährleisten kann. Der Mißbrauch, der gerade damit während der Referendumskampagne getrieben wurde,

wirkte vielmehr so aufreizend, daß er die Mitarbeiter der Fernsehnachrichten zum Streik veranlaßte, empörten sie sich doch gegen die Art, wie man sie zwang, Tatsachen mit einer Einseitigkeit zu deuten, gegen welche sich ihr Berufsgewissen wehrte. Kein Zweifel ist mehr möglich: Ursache der Abstimmung war nicht eine an sich annehmbare Verfassungsänderung, sondern eine viel subtilere taktische Operation, die dahin geht, die politischen Parteien zu überrunden, ehe sie den Kopf wieder erheben können, jetzt, da das algerische Problem gelöst ist. Das gaullistische Regime ist nicht zusammengebrochen, aber es muß fortan mit den parlamentarischen Versammlungen rechnen, die zu übersehen es sich bisher gerühmt hat. Es muß auf ganz natürliche Weise zu den üblichen Methoden der repräsentativen Demokratie zurückkehren, die den Wünschen einer großen Zahl von Franzosen entspricht.

Bei aller Zustimmung zur Verfassungsänderung hat das Land doch seinen Widerstand gegen die Absichten der Herrschenden mit einer vordem unbekanntem Kraft ausgesprochen. Denn es begriff, daß de Gaulle entschlossen war, die politischen Parteien zu beugen, vielleicht mit der geheimen Absicht, dem Volk ihre Verurteilung zu entlocken. Der Staatschef schien in der Tat willens, alle Zwischenstationen zu überspringen und das Referendum zu erzwingen, trotz des Widerstandes von Staats- und Verfassungsrat (letzterer zum Teil aus Gaullisten bestehend), die das Vorgehen angriffen und überdies für ungesetzlich hielten. Die angesehensten Juristen erblickten in der Zuflucht zum Referendum mit dem Ziel einer Verfassungsänderung übereinstimmend eine ausgesprochene Verletzung des Grundgesetzes, das Frankreichs Einrichtungen bestimmt. Ein besonderer Paragraph der gültigen Verfassung ist dem in solchen Fällen zu befolgenden Vorgehen gewidmet: der Paragraph 14 «Über die Verfassungsänderung». Er legt die Verfahrensregeln fest und bestimmt die Art des Vorgehens, wobei die Aufgabe, die Modalitäten dieser Änderung zu diskutieren, aus-

drücklich dem Parlament zufällt. Eine so klar ausgesprochene Bedingung hätte die Auseinandersetzung entscheiden müssen; General de Gaulle jedoch hielt es für seiner unwürdig, darauf Rücksicht zu nehmen.

Die Alleinherrschaft

Damit hat er, wie François Poncet im *Figaro* hervorhob, das Parlament herausgefordert und ihm keine andere Wahl gelassen, als diese Herausforderung anzunehmen, wollte es sich nicht für immer diskreditieren, seine Vorrechte als gesetzgebende Gewalt einbüßen und sich auf die demütigende Rolle des Statisten beschränkt sehen.

Ein für sieben Jahre gewählter Präsident mit dem Recht der Kammerauflösung und den unbegrenzten und unkontrollierten Vollmachten gemäß Paragraph 16 der Verfassung ist praktisch ein absoluter Herrscher. In unmittelbarer Auseinandersetzung mit dem Volk kann der Staatschef in Zukunft nach seinem Gutdünken jedweden Gesetzesentwurf den Stimmbürgern vorlegen. Da der Verfassungsrat sich unzuständig erklärte, über die Rechtllichkeit und Verfassungsmäßigkeit des unterbreiteten Gesetzes zu befinden, worum ihn der Senatspräsident Monnerville gebeten hatte, fiel auch die letzte Schranke. Der Staatschef, Herr über die Exekutive und die Politik der Regierung, die er selbst bestimmt, im Besitz des Rechts, die Finanzgesetzgebung durch Erlaß zu regeln, sieht sich keiner vermittelnden Gewalt gegenüber. Das ist ein Ereignis in der Geschichte Frankreichs.

Seitdem sie eine Nation sind, haben sich die Franzosen vom Staatschef eine Vorstellung gemacht, die die Wechselfälle ihrer Geschichte nicht verändert hat. In ihren Augen hat der Präsident heute vor allem über die Einhaltung der Verfassung zu wachen. Über den Parteien stehend, sichert er durch seinen Schiedsspruch den Bestand der öffentlichen Gewalt und die Kontinuität des Staates. Der Premierminister seinerseits leitet die Tätigkeit der Regierung, die den Kammern verantwortlich ist und gewährleistet die Ausführung der im Parlament beschlossenen Gesetze.

Aber, so wird man einwenden, das alles ist nicht neu. In der Tat drückt sich die 1958 von 31 Millionen Wählern gebilligte Verfassung mit diesen Worten aus. Niemand konnte vermuten, daß das Regime, welches man unter Berücksichtigung eines gewissen Gleichgewichts der Gewalten aufzubauen trachtete, in so kurzer Zeit zu dem werden würde, was man wohl oder übel eine Präsidentendiktatur nennen muß.

Vincent Auriol, der zu seiner Zeit ein sehr volkstümlicher Präsident der Republik gewesen ist, erhob sich mit besonderer Heftigkeit gegen die dem republikanischen Regime dadurch zugefügten Verletzungen. Er schreibt:

«Die Absichten der Herrschenden treten klar zutage. Durch Anmaßung aller Rechte, ständige Verfassungsverletzung, Mißachtung der Beschlüsse des Staatsrats und der Urteile des Verfassungsrates, durch Absetzung der Richter, ‚die Urteilssprüche fällen, aber keine Dienste leisten‘, willkürliche Schaffung von Gerichten, deren Ungesetzmäßigkeit der Staatsrat angeprangert hat. . . , wünschen sie, daß das Volk ihre Usurpation bestätigt und legalisiert. So scheint die Gefahr für die Republik sehr groß. Deshalb gebe ich die Zurückhaltung auf, die ich mir auferlegt hatte.»

Auriol, der sich an die Zeiten erinnert, da er ohne den Schutz von Tausenden von Polizisten und mehreren Kompagnien von Sicherheitstruppen durch Frankreich reiste, schließt mit folgenden enttäuschten Worten: «Wir haben zwischen dem Hochmut eines Mannes und der Freiheit eines Volkes zu wählen.» Es ist tröstlich, sich zu sagen, daß im Lande Montesquieus die goldene Regel des Verfassers des *Esprit des Lois* nicht vergessen wurde: «Wer die Macht hat, neigt dazu, sie zu mißbrauchen; er geht, so weit er gehen kann. Damit die Macht nicht mißbraucht werden kann, muß Macht die Macht aufhalten.»

De Gaulle bleibt

Wenn man in Betracht zieht, daß der Ehrgeiz des französischen Staatschefs sich vorzugsweise auf außenpolitischem Feld äußert,

wird man das Zögern der Parteiführer verstehen, ihm rückhaltslos das Vertrauen zu geben. Der Blankoscheck, den er wünscht, beunruhigt Männer wie Paul Reynaud, Guy Mollet und Félix Gaillard, alle drei ehemals Ministerpräsidenten, die die Politik des Landes nicht in die Hände eines verantwortungslosen Staatsoberhauptes legen wollen. Nach der harten Referendumsschlacht und vor der neuen Auseinandersetzung der Parlamentswahlen erwartet das Land von General de Gaulle, daß er der über den Parteien stehende Schiedsrichter bleibe. Andernfalls würde er, und diesmal unrettbar, sein unvergleichliches Prestige kompromittieren. So groß es auch sein mag, er muß einen den Wünschen der Nation entsprechenden Gebrauch davon machen. Seine Getreuen legen ihm dringend nahe, «das Steuerrad nicht zu verlassen und sich so wenig wie möglich in den Streit der Besatzung und die kleinen Dramen im Zwischendeck zu mischen». Wenn diese Zeilen gedruckt sind, haben neue Wahlen bereits stattgefunden, bei denen die Stimmbürger ihre Schlüsse aus dem Referendum gezogen haben werden, das General de Gaulle seine Macht bestätigte, ihm aber auch warnend ihre Grenzen zeigte.

Raymond Aron, der sich aus dem Streit der Ja und Nein heraushält, hat kürzlich auf eine sehr eingehende Analyse von Marcel Pellenc, Referent der Finanzkommission im Senat, hingewiesen, die den Titel trägt: «Wirtschaftliche und finanzielle Bilanz der Legislaturperiode.» Aus den vorgetragenen Zahlen ergibt sich, daß von 1953 bis 1957 die Produktion von 141,7 auf 171,1 Milliarden NF angewachsen ist; das entspricht in vier Jahren der vierten Republik einem Zuwachs von 24,9%. Von 1957—1961 stieg sie hingegen von 171,1 auf 206,1 Milliarden NF, das heißt um 16,4% in vier Jahren der fünften Republik. Der Referent bestreitet nicht, daß die fünfte Republik das Gleichgewicht der Außenhandelsbilanz wiederhergestellt und die Festigkeit des Neuen Frankreichs gesichert hat, sein Ziel ist es jedoch, aufzuzeigen, daß die Grundlage der gegenwärtigen Prosperität vom vorausgegangenen Regime gelegt wurde und daß, mit Raymond Arons Worten, «mehr Kontinuität zwischen ge-

stern und heute besteht, als es die Beweihräucherer der gegenwärtigen Legislatur glauben lassen wollen».

Man muß zugeben, daß das Ja zu de Gaulle ein Nein an die Urheber der Übel ist, von denen er Frankreich heilen wollte. Viele Wähler, die nachdenken, wünschen Einrichtungen, die es erlauben, den parlamentarischen Sackgassen von früher auszuweichen. Die alten politischen Parteien jedoch, verbunden im Kampf gegen die Alleinherrschaft, anerkennen die Verfassungsänderung nur, wenn sie nach den Methoden der freien Diskussion zustandekommt und nicht vom Berge Sinai herab diktiert wird.

In seiner zorngefüllten Diatribe vom 7. November gegen das «verheerende Parteienregime», beschwor General de Gaulle die Franzosen, bei den Parlamentswahlen für die Männer des Ja, das heißt abermals für ihn zu stimmen. Ist das nicht, in Klartext übersetzt, der Anfang der Einheitspartei, die man andernorts am Werk gesehen hat und deren Aussicht erzittern läßt? Ob er es will oder nicht, erscheint de Gaulle jetzt als Chef einer der Parteien, die er so gehässig anprangert, und fordert damit zu heftigem Widerspruch heraus, der sich im Schatten vorbereitet und abwartet.

Die europäischen Mächte stehen in den nächsten Wochen vor folgenreichen Entscheidungen. Hat die gaullistische Konzeption einer auf deutsch-französischem Übergewicht begründeten politischen Organisation Europas Aussichten, sich durchzusetzen? Bonns Antwort auf das französische Memorandum vom 19. September, das Vorschläge zur engen zweiseitigen Zusammenarbeit enthielt, war ausweichend. Das militärische Zusammenwirken zwischen den beiden Ländern kann verstärkt werden, erklärt die Regierung der Bundesrepublik, doch darf sie keinesfalls der atlantischen Solidarität schaden. Diese kategorische Richtigstellung wird die Illusionen zerstreuen, die sich einige im Anschluß an die Reise General de Gaulles nach Deutschland machten. Es ist offensichtlich, daß allein ein vereinigtes Europa, an dem England teilhat, imstande ist, auf die Ereignisse tatsächlich einzuwirken. Es sieht jedoch so aus, als zielte de

Gaull's Hauptanstrengung darauf ab, Frankreich eines Teils seiner atlantischen Verpflichtungen zu entledigen, indem er eine Annäherung des Westens an Sowjetrußland begünstigt. Darin fände die von ihm vorgesehene Konstruktion eines Europas «vom Atlantik zum Ural», zentriert auf einen Superneutralismus, seine Rechtfertigung.

De Gaulle, nach Léon Blums stolzem Wort «der große Einsame und Hochfahrende», eröffnet seiner Umgebung ungerne seine Absichten. In den Kreisen des Elysée-Palasts weiß man jedoch, da er es mehrmals erklärte, daß er nicht an die Gefahr eines Weltkommunismus glaubt, den er für einen vernachlässigenswerten Überrest der Geschichte Rußlands hält. Diese Überzeugung prägt zutiefst seine Politik und erhellt gewisse Umwege, die manchmal seltsam anmuten konnten. Sei es, daß er sich, gleich ändern, auf den Gang der Geschichte beruft, sei es, daß er das kapitalistische Regime über kurz oder lang auf der Verliererseite sieht, man kann gewiß sein, daß er durch neue Initiativen seine Parteigänger wie seine Gegner noch überraschen wird. Seine wagnerische Weltanschauung verträgt sich gut mit dem riesigen geopolitischen Komplex, den die Sowjetunion mit den Mitteln, die man kennt, als Herausforderung an den Westen aufzubauen sich anheischig machte. Vielleicht bringt er, so kann man es aus dem dritten Band seiner Erinnerungen heraushören, dem hartnäckigen Nationalismus der russischen Führer eine geheime Bewunderung entgegen.

Und dennoch steht für ihn, den entschlossenen Europäer, die Einheit Europas im Mittelpunkt seines Denkens. In der zu Ende gehenden Kubakrise spielte Frankreich so wenig wie England eine Rolle. Doch kann die Krise anderswo wieder ausbrechen, an Punkten, wo Frankreich sein Wort zu sagen haben wird, beispielsweise in Berlin. Es gibt heute nur zwei große Nationen, die sich den Titel Weltmacht streitig machen können: die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Im Widerstreit dieser gewaltigen Blöcke hätte ein uneiniges Europa nicht die geringste Aussicht, zu überleben. Die europäische Gemeinschaft dagegen, in der Rohstofflager,

Arbeitskräfte und Erfindungsgeist jedes einzelnen Volkes Gemeingut werden, ist im Begriff, eine große Einheit zu werden, die imstande ist, das Niveau der größten wirtschaftlichen Gruppierungen des Globus zu erreichen. Könnte sich de Gaulle vor seinem Abgang einen schöneren Ruhmestitel gewinnen als den des Erbauers Europas, durch seine Bereitschaft, diese Einheit mit seiner großen Autorität zu besiegeln? Der Gedanke ist erlaubt, daß diese mächtige Gemeinschaft die künftige Weltgeschichte entscheidend beeinflussen wird, vielleicht auch das russische Schicksal, wenn die Stunde gekommen sein wird, da dieses vereinigte Europa eine Brücke zur Sowjetunion schlagen wird. Dann könnte das vom französischen Staatsoberhaupt gepriesene Europa «vom Atlantik zum Ural» konkrete Formen annehmen. Die Zukunft wird zeigen, ob es zu seinem Besten gewesen sein wird.

Das Konzil

Das ökumenische Konzil scharft als ein Zeichen des Friedens inmitten alarmierender Krisen und als Zeichen der Einheit in einer geteilten Welt die Christen um Rom. Das Ereignis hat zwei Aspekte: einerseits Sammlung der Kräfte, die sich in der Religion zu einer Friedensbemühung zusammenfinden; andererseits ein Beweis des guten Willens der katholischen Kirche gegenüber allen, die ihren Standpunkt nicht teilen, im Hinblick auf ein besseres gegenseitiges Verständnis.

Im Augenblick geht das Konzil mit kluger Gemächlichkeit seinen Weg. Ein gewisser Widerstand macht sich indes, hauptsächlich bei den französischen und deutschen Bischöfen, bereits bemerkbar, die eine baldige Diskussion der Schemata der bischöflichen Gewalt verlangen. Es ist wahrscheinlich, daß die Konzilsväter, um Zeit zu gewinnen, genötigt sein werden, einer beschränkten Anzahl von Wortführern aus ihrer Mitte die Aufgabe zu übertragen, ihre Meinung zu den großen Strömungen, die sich gegenüberstehen, auszudrücken. Eine davon, die vom französischen Episko-

pat herbeigesehnte Verstärkung der bischöflichen Macht, muß die römische Kurie notwendigerweise beunruhigen. Über diesen Punkt sind heftige Auseinandersetzungen vor auszusehen. Desgleichen bezüglich der italienischen Vertretung in der Kirchenverwaltung, die einigen in einem unangemessenen Verhältnis zu stehen scheint, das sie berichtigen möchten. Der Prozentsatz der Ausländer, bezogen auf den der Italiener, ist tatsächlich spürbar niedriger, was verschiedene Bischöfe stört, um so mehr als es sich auch im Konzil und besonders in den einzelnen Kommissionen auswirkt. Ein altes Problem, das vorübergehend den totgeglaubten Gallikanismus aufleben läßt. Als geschickter Diplomat hütet sich der Papst, die Dinge zu überstürzen, um den kämpferischen Bischöfen Zeit zur Dämpfung ihrer Ungeduld und zur Annahme einer wirksamen Arbeitsmethode zu geben.

Als er den ersten Beschluß des Konzils faßte, sprach Johannes XXIII. die folgenden kraftvollen Worte: «Die geschichtlichen Rivalitäten müssen ein Ende haben; die Verantwortung ist geteilt.» Das zweite Vatikanische Konzil — das erste fand 1870 statt — erstrebt somit eine Rückkehr zur Einheit aller Getauften. Aus diesem Grund werden vierzig Vertreter abgefallener Kirchen, die an den allgemeinen Kommissionsberatungen teilnehmen, zu gegebener Zeit aufgerufen werden, zur Frage der Einheit ihre Meinung zu äußern.

Der Wunsch des Papstes, der während langen Jahren den Heiligen Stuhl im orthodoxen Orient vertreten hat, geht dahin, die neunhundert Millionen über die Welt zerstreuter Christen fühlen zu lassen, daß sie zur gleichen Gemeinschaft gehören. Seine Intelligenz, die sozusagen keine Grenze kennt, seine Leutseligkeit, die bei Gelegenheit mit einem Gran Humor gewürzt ist, setzen sich mit lächelnder Autorität dafür ein. Er denkt, eine geeinte Christenheit müsse einen wohltuenden Einfluß auf die Geschäfte der Menschen haben. Da die Kontinente immer stärker voneinander abhängig werden, ist es notwendig, die Probleme, die das Geschick des Menschen betreffen, auf eine umfassende Weise zu lösen.

Seit den einst in Malines angeknüpften Gesprächen zwischen Kardinal Mercier und den Vertretern der englischen High Church (darunter Lord Halifax) sowie der großen protestantischen Bewegungen wie *Faith and Order*, und vor allem seit dem Kongreß von Neu-Delhi im Jahre 1961, stimmen die verschiedenen christlichen Konfessionen, vor allem die evangelischen und lutherischen Kirchen, mit den Katholiken im Wunsch überein, miteinander ins Gespräch zu kommen. In dieser Hinsicht kommt das Konzil einem fast allgemein brennenden Bedürfnis entgegen, einem Wunsch nach brüderlicher Zusammenarbeit auf einer höheren Ebene des Glaubens und der Nächstenliebe. Man ermißt daraus, wie bezeichnend die Anwesenheit des Genfer Pastors Roger Schutz, Vorsteher der protestantischen Gemeinschaft von Taizé bei Cluny, in Rom ist. Ebenso diejenige einiger «Brüder» gleicher Obedienz, die in einem Haus der Ewigen Stadt eine Keimzelle ihrer inbrünstigen burgundischen Gemeinschaft aufgebaut haben. Ihrem ökumenischen Ideal getreu, wünschen sie nur als ein Vorposten der Weltkirche betrachtet zu werden und in deren Erwartung zu leben.

Man bedauert andererseits die Abwesenheit von Vertretern verschiedener ehrwürdiger Kirchen des Orients, darunter jener des ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel und der orthodoxen Kirche Griechenlands. Daß man sich nun die Frage stellt, ob die Glaubenseinheit nicht alle sachlichen Unterscheidungen, welche die historischen Verhärtungen durch die Jahrhunderte verstärkt haben, nebensächlich machen kann, ist auf diesem Weg des Geistes nur folgerichtig. Es sieht so aus, als herrschte oberhalb der Grenzlinien, welche die verschiedenen Antagonismen der Vergangenheit zwischen den Konfessionen fortsetzen, eine unbezwingbare Gewißheit darüber, daß man am gleichen geistigen Besitz teilhabe.

Rom sieht keine spektakuläre Annäherung voraus und sucht sie auch nicht, denn die losgelösten Kirchen werden nicht auf Grundsätze verzichten, die ihre Lebensberechtigung sind. Wenn wir versuchen, das Denken des Papstes zu interpretieren, müs-

sen wir sagen, er scheine von dem Wunsch beseelt, ein liebenswertes Gesicht der katholischen Kirche zu zeigen. Statt sich auf das Prestige der Kirche zu stützen und geschichtliche «Rechte» anzurufen, zieht er es vor, die geistigen Werte Roms herauszustellen.

len. Unter diesem Blickwinkel darf man viel vom ökumenischen Konzil erwarten. Für alle Christen und darüber hinaus für die Menschheit erwächst daraus eine neue Hoffnung.

Jean de Saint-Chamant

DIE NEUE STRATEGIE DER NATO

In den letzten Monaten hat sich in der NATO eine neue Verteidigungsstrategie entwickelt. Ihr Name ist *forward strategy*, das heißt Strategie der vorgeschobenen Abwehr, und ihre Grundidee besteht darin, daß das Gros der östlich des Rheins stationierten Landstreitkräfte der Nato weiter nach Osten und eng an den eisernen Vorhang heran verschoben werden soll. Von den Spezialisten im Pentagon wird ein solches Dispositiv eine «belly to belly defense» genannt.

Die Einzelheiten der notwendigen Verschiebung der amerikanischen und der anderen NATO-Truppen nach Osten sind natürlich geheim. Sie werden jedoch im Laufe der nächsten Jahre offensichtlich werden. Es ist nicht klar zu erkennen, inwieweit diese neue Strategie auf psychologischen und politischen Motiven beruht und inwieweit sie durch rein militärische Zwecke bestimmt wird. Amerikanische Militärkreise erklären, daß die gegenwärtige Verteilung der Truppen in Europa zufällig sei, ein Resultat der Nachkriegsbesetzung, die sich für die Unterkünfte nach den zur Verfügung stehenden deutschen Kasernen habe richten müssen. Die gleichen Kreise lassen verlauten, daß die für eine wirkungsvolle Verteidigung Westeuropas besser geeigneten Bereitstellungsorte weiter östlich liegen, in einem Gebiet, in dem die topographischen Gegebenheiten zur Täuschung des Gegners, zur Konzentration der Feuerkraft und zur Erhöhung der Beweglichkeit in größerer Auswahl zur Verfügung stehen.

Die Strategie der vorgeschobenen Abwehr bringt neben zahlreichen anderen Pro-

blemen kostspielige Verschiebungen mit sich. Neue Kasernen, Nachschubdepots und Übungsplätze werden errichtet werden müssen. Die alten Überfallzonen, in denen der Feind aus Hinterhalten hätte vernichtet werden können, müssen neu bestimmt und kartiert werden. Das durch Manöverübungen in den vergangenen Jahren vertraut gewordene Gelände wird verlassen werden, und neues Gelände wird studiert und erprobt werden müssen. Die älteren Soldaten, die in Deutschland gelebt und gekämpft haben, sind über die neuen Ideen nicht durchwegs begeistert. Sie glauben, daß die alte Strategie, vom militärischen Standpunkt aus beurteilt, zweckmäßiger gewesen sei. Sie sind auch der Ansicht, daß das Gros der Panzer und der Infanterie nicht direkt am eisernen Vorhang konzentriert, sondern durch einen Gürtel leichter Frontaufklärungs- und Grenzschutztruppen abgeschirmt werden sollte. Eine weite und freie Zwischenzone würden den für das taktische Manöver der gepanzerten und mechanisierten Streitkräfte notwendigen Raum liefern, so daß sich diese im Kampf gegen einen feindlichen Vorstoß auch Wälder, Flüsse und andere natürliche Hindernisse zunutze machen könnten.

Strauß ist unnachgiebig

Die Befürworter der Strategie der vorgeschobenen Abwehr lehnen jedoch diese militärischen Argumente ab: sie fordern, daß die Streitkräfte der Nato östlich des Rheins ihre starken Stellungen so nah als möglich an der

Grenze der Sowjetzone einnehmen. Sie glauben, dies sei der einzige Weg, auf dem Deutschland vor einem sowjetischen Angriff bewahrt werden könne. Der lauteste Propagator der neuen Nato-Strategie ist der westdeutsche Verteidigungsminister *Franz Josef Strauß*. Sein Ziel besteht darin, zu verhindern, daß Deutschland auch nur einen einzigen Zentimeter Boden preisgeben müsse. Nach seiner Auffassung dürfen die NATO-Streitkräfte sich keineswegs auf Verteidigungsräume hinter dem Rhein oder auch andere noch so vorteilhafte Geländezonen weiter westlich festlegen; deutsches Territorium darf nicht geopfert werden, im Gegenteil: die Nato soll vorstoßen, angreifen und Feindesland halten. «Westeuropa ist angesichts der Reichweite und Größe moderner Waffen als Schlachtfeld äußerst eng», erklärte er vor nicht langer Zeit gegenüber amerikanischen Journalisten. «Wir kämpfen mit dem Rücken zum atlantischen Ozean, während die Russen ganz Eurasien hinter sich haben. Wir müssen über genügend Mittel verfügen, um den Feind nahe am Eisernen Vorhang aufzuhalten und ihn zurückzuwerfen. Wir dürfen keinen Rückzug ins Auge fassen und den Sowjets das Land als Pfand überlassen, während wir mit ihnen verhandeln. Dies würde ihnen einen gefährlichen Vorteil geben.»

Strauß lehnt jede Nato-Strategie, die einen Rückzug an den Rhein vorsehen würde, bedingungslos ab. Indessen ist es schon seit Jahren offensichtlich, daß die Landstreitkräfte der NATO zu schwach sind, um die deutsche Grenze taktisch zu halten und die Verhinderung von Gebietsverlusten zu garantieren. Ihre Stärke beträgt etwa zwei Drittel der für die Verteidigung Zentraleuropas vorgesehenen 30 Divisionen. Die 7. amerikanische Armee, der schlagkräftigste Teil dieser Streitmacht, hat einen Bestand von ungefähr 280 000 Mann. Als Abwehrschirm hat sie immer schon drei Aufklärungsregimenter (Motordragoner) an der Zonengrenze in Bereitschaft gehalten, die die klassischen Einfallsrouten aus dem Osten überwachen. Das Gros befand sich jedoch bis jetzt etwa 150 km weiter westlich. Ein sowjetischer Überraschungsangriff könnte

hinter einem Panzerkeil bis tief nach Westdeutschland hinein vorstoßen, bevor die amerikanischen Divisionen in der Lage wären, ihm den Weg zu versperren.

Ein altes Ziel

Im Laufe der letzten Jahre hat Strauß bei der amerikanischen Führung immer wieder verständnisvolle Zustimmung erfahren und die Bestätigung entgegennehmen können, daß die NATO den Sowjets beim Ausbruch eines Krieges keinen westdeutschen Boden von vornherein überlassen dürfe. Von General Eisenhower bis zu General Norstad ist die Strategie der vorgeschobenen Abwehr, das heißt die Verteidigung an der Zonengrenze, immer das theoretische Ziel des SHAPE gewesen. Aber ihre Realisierung konnte und kann erst geschehen, wenn die Bundesrepublik ihre 12 Divisionen vollständig gebildet hat und die gesamten Nato-Streitkräfte den vorgesehenen Umfang von 30 Divisionen erreicht haben (Militärabkommen MC-70, jetzt erneuert unter MC-26/4). Von diesem Moment an — so haben die SHAPE-Strategen stets versprochen — wird die Verschiebung an die Zonengrenze erfolgen.

Das «Ziel der 30 Divisionen» ist für 1963 in Sichtweite gerückt, und die amerikanischen Verteidigungsplaner glauben, daß die Strategie der vorgeschobenen Abwehr nun ihrer Verwirklichung tatsächlich entgegengehen werde. Gegenwärtig wird die Verschiebung der 3. und 4. amerikanischen Panzerdivision weiter nach Osten vorbereitet, und andere Divisionen werden zu entsprechenden Bewegungen vorgemerkt. «Wir haben in der Entwicklung unserer Streitkräfte und ihrer Ausrüstung nunmehr einen Punkt erreicht, von dem aus wir konkret an eine Strategie der vorgeschobenen Abwehr denken können.» So hat sich General Norstad geäußert.

Die neuen Pläne verlangen von Westdeutschland zusätzlich zu den vorgesehenen 12 Divisionen die Aufstellung von 4 Grenzbrigaden. Ihr Auftrag wird im Schutze des nördlichen Frontabschnitts bestehen, der bis jetzt noch «weich» war. Die amerikanischen

Planer sind im besonderen über die Möglichkeit beunruhigt, daß die Russen versuchen könnten, sich durch einen raschen Vorstoß in diesem Sektor der Stadt Hamburg zu bemächtigen.

Die deutschen Divisionen und Grenzbrigaden, die die nördlichen und südlichen Flanken des amerikanischen Verteidigungsdispositivs zu sichern haben, sollen so bereitgestellt werden, daß die sowjetischen Streitkräfte im Ernstfall zum Betreten deckungsloser Zonen und zu gefährlichen Flußüberquerungen gezwungen würden, wo sie dann durch Feuerkonzentrationen des gesamten NATO-Heeres mit Erfolg bekämpft werden könnten. Ebenfalls würde der Einsatz der deutschen Heeresinheiten so angelegt, daß die Sowjets sich für Durchbruchsaktionen zur Massierung großer Verbände gezwungen sähen, etwa im Verhältnis 3 : 1 oder wenn möglich noch ungünstiger.

In einem dünnen Abschirmgürtel von Aufklärungstruppen an der Zonengrenze könnten die Sowjets weiche Stellen erkunden und ausnützen. Gegenüber einer starken, aus gepanzerten und mechanisierten Elementen bestehenden Verteidigungsfront hätten sie jedoch keine Aussicht auf einen schnellen Durchbruch. Die Grundidee der Strategie der vorgeschobenen Abwehr ist von einem der SHAPE-Planer folgendermaßen umschrieben worden: «Forward strategy» bedeutet ganz einfach, daß wir den Sowjets nicht erlauben werden, sich in einem lokal begrenzten Vorstoß eines Stücks Europa zu bemächtigen und es bereits als Beute zu betrachten, während wir noch darüber verhandeln. Es ist notwendig, daß sich die Russen einer äußerst starken Streitmacht gegenübersehen, sobald sie die Grenzlinie überschritten haben.» Mit anderen Worten heißt dies, daß die NATO-Organisation sich darauf einstellen würde, einen feindlichen Angriff an der Grenze aufzuhalten, anstatt sich auf einer weiter zurückliegenden Verteidigungslinie bereitzustellen — was dann die Preisgabe deutscher Städte wie Hamburg, Hannover, Kassel, Würzburg, Nürnberg und München bedeuten könnte.

«Eine Strategie der vorgeschobenen Abwehr», erklärte General *Paul L. Freeman*,

der amerikanische Armeekommandant in Europa, in einer Orientierungsansprache in Heidelberg, «ist durch die NATO und durch General Norstad schon seit langem empfohlen worden. Der Auftrag der Nato besteht darin, die Territorien ihrer Mitgliedstaaten zu schützen. Bei der gegenwärtigen Verteilung der Streitkräfte wäre Westdeutschland im Falle eines Angriffs gezwungen, einen Teil seines Gebiets preiszugeben. Ganz offensichtlich ist dies kein guter Plan. Unsere Streitkräfte werden weiterhin eine zu geringe Tiefe haben, wenn wir es versäumen, eine vorgeschobene Abwehr aufzubauen. Der Aufbau einer solchen Abwehr wird allerdings praktisch die Neuorganisation unseres ganzen Dispositivs, das heißt die Verschiebung zahlreicher Einheiten und Truppenkörper weit über den Rhein hinaus bedeuten.»

Die Stärke der 7. amerikanischen Armee

Die 7. amerikanische Armee bildet den Kern des NATO-Verteidigungsdispositivs in Zentraleuropa. Sie bewacht die Grenzen gegen die Tschechoslowakei und Ostdeutschland gegenwärtig mit folgenden Einheiten:

Den Abwehrschirm entlang der Grenze bilden das 14. Motordragoneregiment mit Hauptquartier in Fulda, das 2. Motordragoneregiment (Nürnberg) und das 11. Motordragoneregiment (Straubing). Das 3. Motordragoneregiment, welches zur Zeit der Berlinkrise vor einem Jahr in die ehemalige Reichshauptstadt verschoben wurde, bildet nunmehr eine Reserve im Raume von Frankfurt a. M. Diese Regimenter verfügen über Bestände von je ca. 5000 Mann. Außerdem sind sie mit je 100 Panzern und seit kurzem auch mit atomaren Davy-Crockett-Raketenwerfern ausgerüstet.

Das Gros der 7. Armee besteht aus der 4. Panzerdivision mit Hauptquartier in Göppingen bei Stuttgart, der 24. mechanisierten Infanteriedivision in Augsburg, der 3. Panzerdivision in Frankfurt, der 3. mechanisierten Infanteriedivision in Würzburg sowie der 8. mechanisierten Infanteriedivision in Bad Kreuznach mit Einheiten zur Si-

cherung des Rheins in Mainz, Worms, Baumholder und Mannheim. Jede der mechanisierten Divisionen besitzt 125, jede Panzerdivision 340 Panzer. Außerdem umfaßt die 4. Panzergruppe im Raume Frankfurt 4 Panzerbataillone mit je ca. 90 Panzern. Diese Bataillone sind zur Unterstützung der Infanteriedivisionen vorgesehen.

Die 7. Armee wird gegenwärtig modernisiert durch die Einführung der neuen M-113-Schützenpanzerwagen aus Aluminium, der M-14-Gewehre und der M-60-Panzerwagen. Sie bewacht den eisernen Vorhang auf einer Breite von ungefähr 600 km. Die nördliche linke Flanke wird durch britische Truppen, durch das westdeutsche 1. Armeekorps sowie durch belgische und holländische Einheiten gesichert. Auf dem rechten Flügel stehen die französische 1. Armee, verstärkt durch das 2. Armeekorps, ferner das 2. und 3. westdeutsche Armeekorps.

Dieses NATO-Heer umfaßt im ganzen 25 Divisionen: 5 amerikanische, vermehrt um die 4 Motordragoneregimenter, die das Equivalent einer 6. Division bilden, 2 holländische, 2 belgische, 2 französische Divisionen; dazu kommen 9 deutsche Divisionen mit zusätzlich 3 Divisionen, die gegenwärtig in der Ausbildung stehen, schließlich 3 britische Divisionen und 1 kanadische Brigade.

Ob die auf 30 Divisionen geplante Kriegsmacht der NATO, wenn sie einmal bereit ist, stark genug sein wird, um einem konzentrierten sowjetischen Angriff mit konventio-

nellen Waffen standzuhalten, wird von den Strategen des Pentagon bezweifelt. Eine begrenzte sowjetische Aktion, zum Beispiel gegen Hamburg, könnte mit konventionellen Waffen wohl zum Stehen gebracht werden. Aber es ist noch nicht klar, in welcher Phase einer solchen Abwehr taktische Kernwaffen tatsächlich benötigt würden — immer unter der Voraussetzung, daß die Russen solche Waffen nicht vorher einsetzten. Außer Zweifel steht die Tatsache, daß diese neue Strategie der NATO den Kreml zwingen würde, eine riesige Armee zu mobilisieren, um den Durchbruch an der Grenze selbst zu erzwingen. Außerdem müßte sich der Kreml darauf vorbereiten, daß die russischen Divisionen gleich zu Beginn dem Gros der amerikanischen Kampftruppen gegenüberstehen würden. Der Durchbruch wäre keine leichte Sache, und die Sowjets sähen sich vor die Aufgabe gestellt, eine große Zahl amerikanischer Soldaten in blutigem Nahkampf zu überwältigen. Man kann sich füglich fragen, ob die USA ihre atomaren Kampfmittel zurückhalten würde, wenn die Elite ihrer Armee der Gefahr der Aufreibung ausgesetzt wäre.

Welches auch immer die psychologische Wirkung der Strategie der vorgeschobenen Abwehr sein mag — Abschreckung für den Kreml, Beruhigung für Westdeutschland und Verteidigungsminister Strauß —, sie bedeutet einen ernsten Entschluß, der den Preis für eine Eroberung Westeuropas sehr stark erhöht.

Lloyd Norman

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Nachruf auf einen Magistraten

Am 31. Oktober starb alt Bundesrat Dr. Thomas Holenstein. Als er an jenem denkwürdigen 16. Dezember 1954 zusammen mit Paul Chaudet und Giuseppe Lepori mit der außerordentlich hohen Stimmzahl von 181 an Stelle von Bundesrat Escher in die Landesregierung gewählt wurde, fand eine öffentliche Laufbahn ihre Krönung, die für

unsere schweizerischen Verhältnisse in mancher Hinsicht exemplarisch war. Als Sohn eines Rechtsanwalts 1896 in St. Gallen geboren, wuchs er rasch in die Politik hinein. Er wurde Mitglied des Gemeinderates der Stadt St. Gallen, dann auch des Großen Rates, und 1937 zog er in den Nationalrat ein. Ab 1942 präsierte er die Katholisch-Konservative Fraktion der Bundesversammlung, arbeitete ständig in einer Reihe von

wichtigen Kommissionen mit und wurde 1952 Nationalratspräsident. Daneben war er Dozent an der Handelshochschule und stieg als begeisterter Milizoffizier zum Rang eines Obersten im Generalstab auf. In all diesen Funktionen bewährte sich seine gradlinige und kluge Art. Als er das schwere Amt eines Chefs des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements übernahm, konnte er dies im Wissen um ein seltenes Maß an Vertrauen und Kredit in allen politischen Kreisen tun. Trotzdem zerbrach er innert weniger Jahre an der Last der Verantwortung. Gewohnt, Entscheidungen präzise und umsichtig vorzubereiten, schien er unter dem Druck der ständig drängenden Geschäfte zu leiden. Bald stellten sich körperliche Gebrechen ein, die ihn daran hindern sollten, sein Werk zu vollenden und die vorher so oft unter Beweis gestellte persönliche und politische Souveränität im wohl schwersten Amt der obersten Exekutive voll auszuspielen.

Das Schicksal Bundesrat Holensteins entbehrt nicht der persönlichen Tragik. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, wie denn ein Magistrat überhaupt beschaffen sein müsse, um diesem Amt unter den heutigen Verhältnissen auf die Dauer gewachsen zu sein, ohne daß er sich im wahrsten Sinne des Wortes vorzeitig aufopfert.

Ende des Kollegialsystems?

Der 16. Dezember 1954 wurde vorhin mit Bedacht als denkwürdig bezeichnet. Mit der Überraschungswahl eines dritten Konservativen wurde in der Folge die traditionelle bürgerliche Zusammenarbeit einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Sie war die erste Phase in einer Strategie, die schließlich zur arithmetisch exakten Proportionalisierung auch der Zusammensetzung des Bundesrates führte. Inzwischen hat die berühmte «Zauberformel» bereits die ersten Jahre der Bewährung hinter sich. Es ist allerdings nicht leicht, sich ein zuverlässiges Urteil zu bilden. Die Verhältnisse und mit ihnen der Regierungs- und Verwaltungsapparat werden immer komplizierter und unübersichtlicher. Damit steigt bei Funktionsstörungen die

Zahl der möglichen Fehlerquellen ins fast Unermeßliche. Über einen Punkt indessen dürfte Klarheit bestehen. Die Proportionalisierung scheint den Regierungsstil in einem wesentlichen Punkt zu verändern. Sie hat den parteipolitischen Manövrierraum innerhalb der Exekutive erweitert. Und obwohl sich der Bundesrat weiterhin als Kollegialbehörde versteht, scheinen die neuen Möglichkeiten in dieser Richtung ausgenützt zu werden. Was noch vor kurzem undenkbar war, ist heute an der Tagesordnung: wenn ein Bundesratsbeschluß bekanntgegeben wird, so ist es meist nur eine Frage von Stunden, bis auch das Stimmenverhältnis durchsickert. So unscheinbar diese Tatsache in den Augen der Öffentlichkeit zu sein scheint — wenn sie zur Gewohnheit werden sollte, würde dies einen Dambruch von weittragender Konsequenz darstellen. Es war bisher gute schweizerische Tradition, daß Regierungsbeschlüsse als Beschlüsse des Kollegiums aufgefaßt und vertreten wurden, wobei allfällige Nuancen der Meinungsbildung innerhalb der Exekutive nicht in die Öffentlichkeit getragen wurden. Diese Spielregel unserer Demokratie trug dazu bei, die oberste Landesbehörde im nötigen Maß vom Wechselspiel des parteipolitischen Alltags abzuheben. Sie war damit zugleich einer jener Faktoren, welche die sprichwörtliche Stabilität unseres Regierungssystems begründet haben. Man wird deshalb in politischen Kreisen wie im Volk gut daran tun, dem sich nunmehr abzeichnenden Abbau des Kollegialsystems die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Parlament auf dem Bildschirm

Die Bundesratsersatzwahl der vergangenen Herbstsession wurde nicht nur durch das Radio, sondern auch auf den Bildschirm übertragen. Der Zug der Zeit scheint dies so zu fordern. Es kann auch kaum bestritten werden, daß mit dem Fernsehen ein Mittel zur Verfügung steht, mit dem das repräsentative politische Geschehen wieder etwas von jener unmittelbaren Anschaulichkeit zurückzugewinnen vermag, die der kleinräumigen Demokratie des frühen bürgerlichen Zeit-

alters nachgerühmt wird. Daß man indessen noch weit von der optimalen Verwendung dieser Einrichtung entfernt zu sein scheint, wurde an der erwähnten Direktsendung aus dem Bundeshaus nur zu deutlich. Der Berichterstatter hatte am folgenden Tag Gelegenheit, in einer Kleinstadt die Kommentare der Honoratiorentafelrunde dazu mit anzuhören. Man war sich einig darüber, daß der Eindruck teilweise geradezu niederschmetternd gewesen sei. Es fiel das Wort «unwürdig». Es stellte sich heraus, daß die Kamera in den unvermeidlichen langen Pausen zwischen den verschiedenen Wahlgängen auf Wanderschaft ging und die Parlamentarier in ihrem Tun und Lassen belauschte. Man weißte infolgedessen darum herum, was es denn nur für ein Buch gewesen sei, in dem der Kandidat und spätere Sieger Roger Bonvin gelesen hat, um besser mit der Spannung fertigzuwerden. Man stellte ferner mit einiger Verwunderung fest, daß viele Ratsmitglieder die Zeit mit Zeitungslektüre und Erledigung der Post ausnützten. Und man blieb schließlich geradezu konsterniert bei der Schilderung des Faktums stehen, daß ein wohlbeleibter Volksvertreter eine Tüte hervorgezaubert und unbekümmert Zwetschgen vertilgt habe...

So desillusionierend diese Eindrücke am Bildschirm offensichtlich waren, so sehr zeigen sie wenigstens, daß unserem Parlament (vorläufig) jeder Sinn für publikumswirksame Schaustellungen abgeht. Die Programmgestalter ihrerseits ziehen hoffentlich daraus die Lehre, daß es in einem solchen Fall kaum zweckmäßig sein dürfte, die im Vergleich zu den sehr kurzen aktiven Phasen notwendigerweise übermäßig langen Pausen mit offener Blende zu überbrücken. Man tut damit allen Beteiligten einen schlechten Dienst. Und die Parlamentarier schließlich geben sich bei künftigen Gelegenheiten vielleicht vermehrt darüber Rechenschaft, daß die wenigen Augenblicke äußeren Glanzes im parlamentarischen Leben den Verhandlungssaal unter den veränderten Umständen des Fernsehzeitalters vorübergehend zur öffentlichen Bühne machen. Man wird dem Rechnung tragen — oder der Kamera den Eintritt verbieten müssen.

Gefährdete Städtebilder

Man kennt den Sachverhalt: An der Metzgergasse in Freiburg sollen elf alte Häuser abgebrochen werden, um einem «funktionellen Verwaltungszentrum» Platz zu machen. Für den Staatsrat des wirtschaftlich noch nicht auf Rosen gebetteten Standes Freiburg zählen vor allem ökonomische Überlegungen. Er könnte die Mittel für eine Sanierung der städtebaulich wertvollen, ja unersetzlichen Häuserzeile offenbar nicht aufbringen. Darüber hinaus erhielt man allerdings vom ganzen bisherigen Verlauf der Dinge den Eindruck, daß die verantwortlichen Behörden nicht völlig von der «nationalen Bedeutung» der Angelegenheit überzeugt sind.

Nun ist es in der Tat zweierlei, ob man als traditionsbewußter Geschichtsfreund durch die Landschaft fährt und sich an den prächtigen alten Städtebildern ergötzt, oder ob man solche Stadtkerne instandhalten und zugleich auf die modernen Erfordernisse von Verkehr und Verwaltung abstimmen muß. Denkmalpflege auf Stadtebene ist ein kostspieliges Unternehmen. Zudem ist der Raum in unsern engen Verhältnissen doppelt kostbar. Wenn diese kardinalen Probleme nicht gelöst werden können, dann ist es zweifellos nicht jedermanns Sache, die öffentliche Verantwortung für ein solches bewohntes «Städtebaumuseum» zu übernehmen.

Bei allem Verständnis für diese Fragen kann indessen gar kein Zweifel darüber bestehen, daß in der Bewahrung unserer alten Städtebilder eine wahrhaft nationale Aufgabe vorliegt. Wir sind eine politische Nation, die geistig stark aus ihrer Geschichte lebt. Daraus ergibt sich die eindeutige Verpflichtung für jede Generation, das ihre zur Erhaltung der bewahrenswerten Traditionsbestände beizutragen. Darüber hinaus aber erwächst uns hier ein kultureller Auftrag von gesamteuropäischer Bedeutung. Die städtebauliche Kultur Europas, wie sie im Mittelalter begründet und nachher sinngemäß weiterentwickelt worden ist, gehört zu den ganz großen Zeugnissen abendländischer Geschichte. Gerade auf diesem Gebiet aber hat die Katastrophe des zweiten Weltkrieges besonders tiefe Wunden geschlagen. Im Bombenhagel des

totalen Kriegs sind ungezählte Städte in Schutt und Asche gesunken. Mit wechselndem Geschick hat man versucht, sie im alten Stil oder doch im alten Grundriß wieder aufzubauen. Doch gerade dort, wo die Rekonstruktion als besonders geglückt erscheint, ist auch der Eindruck des Gespenstischen eines solchen Unternehmens besonders deutlich spürbar. Die Nachfolgestädte sind und bleiben Surrogate. Darum ist die Verpflichtung jener, deren Siedlungen den Sturm unversehrt überstanden haben, doppelt groß. Wir Schweizer sollten uns diesem Auftrag nicht entziehen.

Jahreswende

Das Schweizervolk nimmt neben den allgemeinen Sorgen, die auf dem Menschen des Atomzeitalters lasten, auch einige spezielle Problembündel mit ins neue Jahr hinüber, die seine politische Einsicht und seinen Willen zur Selbsterhaltung und Selbstbestimmung wiederholt auf die Probe stellen werden. Es sind vor allem zwei Komplexe, jener der wirtschaftlichen Konsolidierung in einer Phase der Überkonjunktur sowie jener der Notwendigkeit, sich mit der EWG in angemessener Form ins Einvernehmen zu setzen.

Auf konjunkturpolitischem Gebiet zeichnet sich eine neue Belastungsprobe ab. In zahlreichen Branchen laufen Gesamtarbeitsvertragsverhandlungen, wobei die gewerkschaftlichen Forderungen nach Lohnerhö-

hungen von zehn bis zwanzig Prozent schwer mit den Bemühungen um eine allgemeine Selbstdisziplinierungsaktion in Einklang zu bringen sind. Es bleibt dringend zu wünschen, daß es hier zu vernünftigen Regelungen kommt. Und es ist außerdem zu hoffen, daß die konkreten Dämpfungsmaßnahmen einzelner Wirtschaftsgruppen — von 29 Branchen liegen Preisstopperklärungen vor, 14 haben Arbeitskräftestop oder Investitionsbeschränkungen beschlossen, und neun Verbände haben Vereinbarungen über die Anwerbepraxis getroffen — auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben.

Es kann nicht genug betont werden, daß die Konjunkturpolitik einen eminent staatspolitischen Aspekt aufweist. Unser Land wird so oder so Auswirkungen der Europapolitik zu spüren bekommen. Diese Folgen einer Integration oder Nichtintegration wird es um so besser verdauen, je stabiler die Wirtschaftslage ist. Die Situation auf dem Kapitalmarkt und der Stand unserer Handelsbilanz sowie die noch immer steigende Zahl ausländischer Arbeitskräfte sind alarmierende Hinweise auf eine Abhängigkeit vom Ausland, die unseren Manövrierraum auf integrationspolitischem Gebiet in bedenklicher Weise einzuschränken droht. Die Mahnungen der verantwortlichen Kreise, Maß zu halten und weitsichtiger zu disponieren, sollten deshalb in Zukunft noch stärker beherzigt werden. Sie entspringen der begründeten Sorge um den glücklichen Fortbestand unseres Gemeinwesens.

Spectator

Es ist furchtbar, wenn die Flamme der Freiheit erlischt und die Eiseskälte der Knechtschaft die Menschen umklammert. Niemals in der Geschichte ist diese Gefahr drohender und umfassender gewesen als heute, da sich jene absolute und teuflische Tyrannis ausbreitet, die wir Totalitarismus nennen. Es ist hoffentlich müßig, hinzuzufügen, daß nach dem Ende des Nationalsozialismus der Kommunismus als einzige Form des Totalitarismus übriggeblieben und um so mehr zu fürchten ist. Gewiß entspricht die Freiheit, die der Kommunismus ausrotten möchte, nachdem er sie bereits einem Drittel der Menschheit dank sträflicher Schwäche der freien Welt genommen, so sehr dem innersten Wesen der Menschennatur, daß der Mensch, wenn es ihm dann noch möglich ist, rebelliert, so sie ihm genommen wird. Aber dann wird es in der Regel zu spät sein. Wenn die Millionen, die heute bei uns und in den Entwicklungsländern in den Tag hineinleben, wüßten, was ihnen bevorsteht, falls sie weiterhin sich stumpf in den Lauf der Dinge ergeben, so würde der Wille zur Freiheit in ihren Herzen stark werden, solange es noch Zeit ist. Das Unglück ist, daß sich Gedankenlosigkeit, Geistes- und Herzensträgheit, Verwirrung des Denkens und Vergeßlichkeit ihrer bemächtigt haben, und materielles Wohllleben hat daran nicht wenig Schuld. Wilhelm Röpke

(Aus dem eben im Eugen Rentsch Verlag erschienenen Buch «Wirrnis und Wahrheit»)